



Niederschrift

**über die Sitzung des Umwelt- und Planungsausschusses 03/2003-2008 am
28.08.2003 im Sitzungsraum 1.22 des Rathauses**

Beginn: 18.00 Uhr

Ende: 20.15 Uhr

Anwesend:

Ausschussvorsitzender	Rolf Schulz
stellv. Ausschussmitglied	Wilfried Wengler (f. AM. Thomas Clasen)
Ausschussmitglied	Karin Honerlah
stellv. Ausschussmitglied	Edda Lessing (f. AM. Klaus Kasch)
Ausschussmitglied	Volker Mohr
”	Horst Ostwald
”	Alexander Rahl
”	Siegfried Ramcke
”	Frank Rauen
stellv. Ausschussmitglied	Elisabeth v. Bressensdorf (f. AM. Ingeborg Schooff)
Ausschussmitglied	Johann Schümann

Seitens der Gemeindeverwaltung	Bürgermeister Volker Dornquast
	Joachim Gädigk (bis 18.19 Uhr TOP 5)
	Rolf Gramckow (bis 18.25 Uhr TOP 6)
	Enzo Lovisa
	Petra Hafemeister
	Volker Duda als Protokollführer

Als Gast	Frau Jakob v. Büro Hess + Jacob (zu Punkt 12 der TO)
----------	---

Entschuldigt fehlen:	Ausschussmitglied Thomas Clasen Ausschussmitglied Klaus Kasch Ausschussmitglied Ingeborg Schooff
----------------------	--

Der Ausschussvorsitzende, Herr Schulz, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Damen und Herren des Ausschusses und der Gemeindeverwaltung sowie die erschienenen Bürgerinnen und Bürger.



Tagesordnung:

- 1. Verpflichtung eines bürgerlichen Ausschussmitgliedes**
- 2. Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner**
- 3. Genehmigung der Niederschrift des Umwelt- und Planungsausschusses 02/2003-2008 am 12.06.2003**
- 4. Berichtswesen der Gemeindeverwaltung**
 - a) Bericht über die Erteilung von gemeindlichen Einvernehmen gemäß § 36 BauGB in Gebieten ohne rechtskräftige Bebauungspläne sowie zu Befreiungsanträgen**
 - Vorlage des Berichtes 4/10/2003 -
 - b) Verfahrensstände der Bauleitpläne**
 - Vorlage des Berichtes 4/11/2003 -
 - c) Verfahrensstände der Grünordnungspläne**
 - Vorlage des Berichtes 4/12/2003 -
 - d) Planungsstände und Bauzustände von gemeindlichen Projekten**
 - im Tiefbau
 - Vorlage des Berichtes 4/13/2003 -
 - im Hochbau
 - Vorlage des Berichtes 4/14/2003 -
 - e) abgeschlossene sowie den Stand der anhängigen Gerichtsverfahren**
 - liegen zurzeit nicht vor -
 - f) Vergabe von Aufträgen für Investitionsvorhaben des Investitionsplanes (unter Angabe der genannten Angebote) in der der Vergabe folgenden Sitzung**
 - liegen zurzeit nicht vor -
 - g) Abrechnungsergebnisse von Bauvorhaben des Investitionsplanes**
 - liegen zurzeit nicht vor -
 - h) Sonderbericht**
 - Vorlage des Berichtes 3/03/2003 (Auswertung Unfalltypensteckkarte) -
- 5. Entwurf des 2. Regionalen Nahverkehrsplanes für den Kreis Segeberg**
- 6. NATURA 2000, Nachmeldung von FFH-Gebieten**
 - Stellungnahme der Gemeinde -
- 7. Bebauungsplan Nr. 2 „Baugebiet Mitte“ (Ulzburg) mit seinen sechs Änderungen“**
 - Beratung über die eingegangenen Anregungen -
 - Satzungsbeschluss des Aufhebungsplanes -
- 8. 6. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Henstedt-Ulzburg (Spielplatz Hohenbergen)**
 - Entwurfs- und Auslegungsbeschluss -



- 9. 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 28 „Hohenbergen“**
- Entwurfs- und Auslegungsbeschluss -
- 10. 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 108 „Ulzburg-Süd - östlich Hamburger Straße“**
- Beratung über die eingegangenen Anregungen -
- Satzungsbeschluss -
- 11. 1. Änderung des Grünordnungsplans zum Bebauungsplan Nr. 113 „Gräflingsberg/Heidelweg“**
- Aufstellungsbeschluss -
- 12. 3. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Henstedt-Ulzburg**
- Entwurfs- und Auslegungsbeschluss -
- 13. Bebauungsplan Nr. 115 „Südlich Schulstraße - westlich Wismarer Straße“**
- Entwurfs- und Auslegungsbeschluss -
- 14. 1. Änderung des Grünordnungsplanes zum Bebauungsplan Nr. 115 „Südlich Schulstraße - westlich Wismarer Straße“**
- Entwurfs- und Auslegungsbeschluss -
- 15. Bebauungsplan Nr. 116 „Südlich Rhinkatenweg“**
- Erneuter Entwurfs- und Auslegungsbeschluss -
- 16. Sponsorenaktion zur Bepflanzung des Rodelberges**
- Antrag der CDU-Fraktion -
- 17. Bau- und Vorbescheidsanträge, die von den Festsetzungen der Bebauungspläne abweichen (Befreiungen, Ausnahmen, usw.)**
- werden in der Sitzung vorgetragen -
- 18. Unterrichtungen / Anfragen**
- 19. Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner**

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:

„Verpflichtung eines bürgerlichen Ausschussmitgliedes“

Die Verpflichtung des bürgerlichen Ausschussmitgliedes Volker Mohr hat sich erübrigt, da Herr Volker Mohr schon im Sozial- und Gleichstellungsausschuss zur gewissenhaften Erfüllung seiner Obliegenheiten verpflichtet worden ist.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

„Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner“

Der Ausschussvorsitzende, Herr Schulz, weist darauf hin, dass in dieser Fragezeit bezüglich der Tagesordnung des Umwelt- und Planungsausschusses noch keine Fragen



gestellt werden dürfen und erkundigt sich seitens der anwesenden Bürgerinnen und Bürger, ob darüber hinaus Fragen gestellt werden.

Seitens der Bürgerinnen und Bürger werden während der ersten Fragezeit keine Fragen gestellt.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

„Genehmigung der Niederschrift des Umwelt- und Planungsausschusses 02/2003-2008 am 12.06.2003“

Gegen die Niederschrift werden keine Einwände erhoben; sie gilt somit als genehmigt.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:

„Berichtswesen der Gemeindeverwaltung“

- a) Bericht über die Erteilung von gemeindlichen Einvernehmen gemäß § 36 BauGB in Gebieten ohne rechtskräftige Bebauungspläne**
 - Vorlage des Berichtes 4/15/2003 -
- b) Verfahrensstände der Bauleitpläne**
 - nächster Bericht zum Quartalsende III/2003 -
- c) Verfahrensstände der Grünordnungspläne**
 - nächster Bericht zum Quartalsende III/2003 -
- d) Planungsstände und Bauzustände von gemeindlichen Projekten**
 - **im Tiefbau**
 - nächster Bericht zum Quartalsende III/2003 -
 - **im Hochbau**
 - nächster Bericht zum Quartalsende III/2003 -
- e) abgeschlossene sowie den Stand der anhängigen Gerichtsverfahren**
 - liegen zurzeit nicht vor -
- f) Vergabe von Aufträgen für Investitionsvorhaben des Investitionsplanes (unter Angabe der genannten Angebote) in der der Vergabe folgenden Sitzung**
 - liegen zurzeit nicht vor -
- g) Abrechnungsergebnisse von Bauvorhaben des Investitionsplanes**
 - liegen zurzeit nicht vor -
- h) Sonderbericht**
 - liegen zurzeit nicht vor -

Zum Bericht Nr. 4/10/2003 - **Bericht über die Erteilung von gemeindlichen Einvernehmen gemäß § 36 BauGB in Gebieten ohne rechtskräftige Bebauungspläne sowie zu Befreiungsanträgen** - stellt Herr Schümann zu den Anträgen vom 07.07.03 „Beckershof 3“ und 08.08.03 „Sandberg 2a“ Fragen, die vom Bürgermeister beantwortet werden.

Zum Bericht Nr. 4/11/2003 - **Verfahrensstände der Bauleitpläne** - erfolgt eine Erläuterung von Herrn Dornquast, aus der sich keine Fragen der Ausschussmitglieder ergeben.

Zum Bericht Nr. 04/12/2003 - **Verfahrensstände der Grünordnungspläne** - werden keine Fragen gestellt.



Zum Bericht Nr. 4/13/2003 - **Planungsstände und Bauzustände von gemeindlichen Projekten im Tiefbau** - erläutert Herr Dornquast, dass im Bebauungsplan Nr. 106 „Gewerbegebiet Kirchweg Nord“, 3. Bauabschnitt, die Bepflanzung des Straßenbegleitgrüns in der nächsten Pflanzperiode vorgenommen wird.

Zusätzlich weist er darauf hin, dass seitens der Gemeinde zur Vermeidung von zukünftigen Frostschäden Asphaltbetonstreifen - wie sie im Bereich der Beckersbergstraße/Schäferberg vor einigen Wochen durchgeführt worden sind, eingebaut werden.

Frau von Bressensdorf weist darauf hin, dass im Bereich der Norderstedter Straße/Ecke Schäferkampsweg eine Sanierung dringend erforderlich ist.

Zum Bericht Nr. 4/14/2003 - **Planungsstände und Bauzustände von gemeindlichen Projekten im Hochbau** -

Der Bürgermeister erläutert den Bericht; Fragen hierzu ergeben sich nicht.

Zum Bericht Nr. 02/03/2003 - **Auswertung der Unfalltypensteckkarte** -

Herr Schümann erkundigt sich nach der Unfallhäufigkeit in den Tempo-30-Zonen.

Der Bürgermeister erklärt, dass die Aufmerksamkeit in den 30er-Zonen teilweise nachlässt.

Herr Gädigk ergänzt, dass in den 30er-Zonen alle Unfälle aufgelistet werden, so auch die, die durch eigene Schuld, zum Beispiel Fahrradsturz bei Glätte oder Ähnliches, passieren. Da im Gemeindegebiet die meisten Straßen in Tempo-30-Zonen liegen, erklärt sich dadurch die Häufigkeit der Unfälle.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung:

„Entwurf des 2. Regionalen Nahverkehrsplanes für den Kreis Segeberg“

Den Ausschussmitgliedern ist eine Beratungsvorlage zugegangen.

Der Bürgermeister erläutert die Vorlage und geht auf die Neubearbeitung des Regionalen Nahverkehrsplanes ein. Er macht klar, dass die wesentlichen Inhalte, die durch die Gemeinde Henstedt-Ulzburg angeführt wurden, übernommen worden sind. Er stellt die Ergänzungsvorschläge für den Regionalen Nahverkehrsplan vor.

Er erklärt, dass die Diskussion, die AKN-Eisenbahn zum Hauptbahnhof fahren zu lassen, abgeschlossen ist und nur in den Fahrplanzeiten durchgeführt werden kann. Es soll aber geprüft werden, ob eine Ergänzung des S-Bahnnetzes im Bereich bis Quickborn oder bis Kaltenkirchen machbar ist. Ansonsten gibt es für den Regionalen Verkehrsplan nur redaktionelle Änderungen.

Herr Ostwald regt an, die Auswirkungen des An- und Ausbaus der AKN und die Forderung des 10-Minuten-Taktes mit in die Stellungnahme der Gemeinde einzuflchten.



Dieser Hinweis wird zur Kenntnis genommen und mit in die Vorlage eingearbeitet.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung:

„NATURA 2000, Nachmeldung von FFH-Gebieten“ - Stellungnahme der Gemeinde -

Den Ausschussmitgliedern ist eine Beratungsvorlage zugegangen.

Der Bürgermeister geht darauf ein, dass eine Nachmeldung von FFH-Gebieten im Bereich des Netzes „Natura 2000“ für die Landwirte unproblematisch ist, da keine naturschutzfachliche Steigerung mit der Ausweisung der gegebenen Flächen verbunden ist. Dies bedeutet, dass es lediglich auf den Flächen ein Verschlechterungsgebot gibt. Damit ist gemeint, dass vorhandene Flächen, die jetzt in der landwirtschaftlichen Nutzung sind, nicht stärker in Anspruch genommen werden dürfen.

Die Eigentümer sind über die Ausweisung als FFH-Gebiete informiert und haben generell keine Bedenken angemeldet.

Herr Schümann erkundigt sich nach der Sicherheit des Bestandschutzes der vorhandenen Nutzung in den FFH-Gebieten. Diese Frage beantwortet der Bürgermeister mit dem Hinweis, dass Gesetze sich ändern können, aber im Moment die eingangs erläuterten Auswirkungen gegeben sind. Eine höherwertige Naturschutzfunktion der Flächen kommt gegenwärtig nicht in Betracht.

Herr Ostwald regt an, dass, wenn ein Landwirt wesentliche Beeinträchtigungen auf seinen Grundstücken vornehmen will, Kosten für die notwendige UVP beim Verursacher der Maßnahme eingeholt werden müssen.

Der Bürgermeister entgegnet, dass sich bei den Kosten für die Umweltverträglichkeitsstudien im Bereich der FFH-Gebiete nur eine begrenzte Vergleichbarkeit mit Bebauungs- oder Flächennutzungsplänen ergibt. Hier steht im Vordergrund, dass der Maßnahmenträger keine finanziellen Nachteile von der Rechtsvorschrift erleiden dürfte.

Herr Schulz stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung. Dieser wird einstimmig gefasst.

Beschluss:

Der Umweltausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Gemeindevertretung nimmt die Auswahl und Benennung der Gebiete gemeinschaftlicher Bedeutung (FFH-Gebiete) im Rahmen des förmlichen Beteiligungsverfahrens nach §§ 20 b und c Landesnaturschutzgesetz zum Aufbau des europaweiten Netzes NATURA 2000 - Stand 08.Juli 2003 - zur Kenntnis. (Die in der Vorlage aufgeführte Behandlung der Anregungen und Bedenken ist Bestandteil dieses Beschlusses.)



Die Verwaltung wird beauftragt, eine Stellungnahme mit den Anregungen und Bedenken der Gemeinde aus der Vorlage abzugeben.

Beschlussfassung: einstimmig

Zu Punkt 7 der Tagesordnung:

**„Bebauungsplan Nr. 2 „Baugebiet Mitte“ (Ulzburg) mit seinen sechs Änderungen“
- Beratung über die eingegangenen Anregungen -
- Satzungsbeschluss des Aufhebungsplanes -**

Den Ausschussmitgliedern ist eine Beratungsvorlage zugegangen, die von Bürgermeister Dornquast erläutert wird.

Eine Aussprache findet nicht statt.

Herr Schulz stellt den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung.

Beschluss: Der Umwelt- und Planungsausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, den Satzungsbeschluss für die Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 2 „Baugebiet Mitte“ (Ulzburg) mit seinen sechs Änderungen gemäß der Vorlage zu fassen.

Beschlussfassung: einstimmig

Zu Punkt 8 der Tagesordnung:

**„6. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Henstedt-Ulzburg (Spielplatz Hohenbergen)“
- Entwurfs- und Auslegungsbeschluss -**

Den Ausschussmitgliedern ist eine Beratungsvorlage zugegangen.

Der Bürgermeister erläutert die Tagesordnungspunkte Nr. 8 und Nr. 9 „4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 28 „Hohenbergen“ gemeinsam. Er geht auf die Planzeichnung des Bebauungsplanes Nr. 28 „Hohenbergen“, 4. Änderung, ein. Wesentliche Änderung ist, dass der vorhandene Fußweg nicht mehr über das Grundstück des Spielplatzes Hohenbergen geführt wird. Darüber herrscht im Ausschuss Einigkeit, da in 200 m Entfernung eine weitere Wegeverbindung zum Kori-Barmstedt-Weg existiert.

Herr Ostwald erkundigt sich nach der Ausnutzung der Grundflächenzahl und der Geschossigkeit. Diese Fragen werden vom Bürgermeister beantwortet. Danach stellt der Ausschussvorsitzende den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.



Beschluss: **Der Umwelt- und Planungsausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, den Entwurfs- und Auslegungsbeschluss für die 6. Änderung des Flächennutzungsplanes zu fassen.**

Beschlussfassung: einstimmig

Zu Punkt 9 der Tagesordnung:

**4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 28 „Hohenbergen“
- Entwurfs- und Auslegungsbeschluss -**

Den Ausschussmitgliedern ist eine Beratungsvorlage zugegangen.

Der Bürgermeister hat bereits unter Punkt 8 der Tagesordnung „**6. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Henstedt-Ulzburg (Spielplatz Hohenbergen)**“ den Tagesordnungspunkt erläutert.

Weitere Fragen ergeben sich hierzu nicht.

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zur Abstimmung gestellt.

Beschluss: **Der Umwelt- und Planungsausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, den Entwurfs- und Auslegungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 28 „Hohenbergen“ 4. Änderung, wie in der Vorlage aufgeführt, zu fassen.**

Beschlussfassung: einstimmig

Zu Punkt 10 der Tagesordnung:

**„1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 108 „Ulzburg-Süd - östlich Hamburger Straße“
- Beratung über die eingegangenen Anregungen -
- Satzungsbeschluss -**

Den Ausschussmitgliedern ist eine Beratungsvorlage zu diesem Tagesordnungspunkt zugegangen.

Der Bürgermeister erklärt die Planzeichnung und die Vorlage.

Herr Schulz stellt daraufhin den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung.

Beschluss: **Der Umwelt- und Planungsausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, den Satzungsbeschluss für die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 108 „Ulzburg-Süd - östlich Hamburger Straße“ gemäß der Vorlage zu fassen.**



Beschlussfassung: einstimmig

Zu Punkt 11 der Tagesordnung:

**„1. Änderung des Grünordnungsplans zum Bebauungsplan Nr. 113 „Gräflingsberg/Heidelweg“
- Aufstellungsbeschluss -**

Den Ausschussmitgliedern ist eine Beratungsvorlage zugegangen.

Der Bürgermeister erklärt die Notwendigkeit zur Aufstellung eines Grünordnungsplanes zum Bebauungsplan Nr. 113 „Gräflingsberg/Heidelweg“.

Frau Honerlah ist der Auffassung, dass die wesentliche Änderung des Bebauungsplanes Nr. 113 „Gräflingsberg/Heidelweg“ u.a. die Waldumwandlung im Bereich der Wilstedter Straße ist. Sie vertritt die Auffassung, dass erst nach Erteilung der Waldumwandlungsgenehmigung der Aufstellungsbeschluss zur Änderung des Grünordnungsplanes bzw. zur Aufstellung des Bebauungsplanes gefasst werden müsste.

Der Bürgermeister erläutert, dass ggf. nach der Abstimmung mit der Forstbehörde der Aufstellungsbeschluss zum Grünordnungsplan und zum Bebauungsplan geändert wird.

Herr Ostwald erkundigt sich, was mit der Umforstung des Waldes gemeint ist.

Der Bürgermeister erklärt, dass das Waldstück Wilstedter Straße/Schleswig-Holstein-Straße mit Laubwald unterpflanzt werden soll, wie dies bereits bei anderen Gemeindewaldflächen geschehen ist.

Frau Honerlah erkundigt sich, ob ein anderes Büro nicht kostengünstiger die Änderung zum Grünordnungsplan erarbeiten könnte.

Bürgermeister Dornquast erklärt, dass dies, da es sich hier um eine Änderungsplanung handelt, nicht der Fall ist.

Frau Lessing erklärt sich für befangen und verlässt den Sitzungsraum um 18.34 Uhr.

Herr Schulz stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss: Der Umwelt- und Planungsausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, den Aufstellungsbeschluss für die 1. Änderung des Grünordnungsplanes zum Bebauungsplan

Nr. 113 „Gräflingsberg/Heidelweg“ für das Gebiet östlich des Bebauungsplanes Nr. 33 „Tannenweg“ - südlich Wilstedter Straße - westlich Heidelweg - nördlich der Schleswig-Holstein-Straße (L 284) -, zu fassen.



Beschlussfassung: **7 Stimmen dafür**
 3 Stimmen dagegen (Frau Honerlah, Herr Ostwald, Herr Ramcke)

Frau Lessing wird von Herrn Schulz wieder in den Sitzungsraum gebeten. Er informiert Frau Lessing über das Abstimmungsergebnis.

Zu Punkt 12 der Tagesordnung:

**„3. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Henstedt-Ulzburg“
- Entwurfs- und Auslegungsbeschluss -**

Den Ausschussmitgliedern ist eine Beratungsvorlage zugegangen.

Der Bürgermeister erläutert den alten Stand und den neuen Stand des Bebauungsplanes. Er geht in der neuen Planung auf die vorhandenen Knicks, die zusätzlichen Baufenster und die Vergrößerung der Ausgleichsflächen ein.

Daraufhin erteilt der Bürgermeister Frau Jacob das Wort; diese erklärt dann ausführlich den Bestandsplan sowie die Darstellung im Grünordnungsplan, in dem die Eingriffe kompensiert werden. Sie geht insbesondere auf die Knickbestände, die Maßnahmen der Grünordnung und die zukünftigen Baumpflanzungen ein.

Weiterhin erläutert sie die vorhandenen Grünzonen und die zukünftigen Wegevernetzungen.

Ferner verdeutlicht sie die Ausgleichsflächenberechnung und die Knickneuanlage sowie die Kompensationsmaßnahmen.

Herr Ostwald erkundigt sich, ob die Probleme der Erschließung des Bebauungsplanes Nr. 107 „Westlich Große Lohe“ mit dem Konzept des Bebauungsplanes Nr. 115 „Südlich Schulstraße - westlich Wismarer Straße“ nunmehr ausgeräumt sind und ob die Vertragsverhandlungen mit den Eigentümern zum Abschluss gebracht wurden.

Der Bürgermeister erklärt, dass die Gespräche mit den Eigentümern in Bezug auf die Sieltrasse erfolgt sind. Das Ergebnis der Gespräche war die Ausweisung von Bauland im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 115. Er ist der Überzeugung, dass nach Abstimmung des Bebauungsplanes mit den Eigentümern grundsätzlich Einverständnis über den Abschluss einer Ablösevereinbarung und der Überlassung der öffentlichen Flächen erreicht werden kann.

Er stellt ein Abstimmungsgespräch mit den Eigentümern in der ersten September-Woche in Aussicht und sichert zu, dass das Ergebnis des Abstimmungsgesprächs im Ausschuss vorgetragen wird.

Herr Schümann erkundigt sich, ob es nicht günstiger wäre, den vorhandenen Teich, der bislang aus der Planzeichnung ausgespart worden ist, mit in den Biotop-Verbund zu integrieren.

Frau Jakob hält diese Maßnahme für sinnvoll.



Es besteht Einvernehmen darüber, dass die Planzeichnung dahingehend ergänzt wird.

Frau Honerlah erkundigt sich, ob im Bereich des Bebauungsplanes schon über Lärmschutzmaßnahmen für die Umgehungsstraße nachgedacht wurde bzw. schon integriert sind.

Der Bürgermeister erklärt, dass an eine Modellierung des Geländes gedacht worden ist.

Frau Jacob ergänzt, dass der Lärmschutz nur an der Stelle wirkt, an der die Lärmquelle ist. Maßnahmen, die weiter entfernt getroffen werden, entfalten nicht ihre Wirkung und sind daher nicht Bestandteil der Planzeichnungen.

Im Anschluss an diese Ausführungen stellt der Ausschussvorsitzende den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung.

Beschluss: **Der Umwelt- und Planungsausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, den Entwurfs- und Auslegungsbeschluss für die 3. Änderung des Flächennutzungsplanes zu fassen.**

Beschlussfassung: **7 Stimmen dafür**
4 Stimmen dagegen (Frau Honerlah, Frau Lessing, Herr Ostwald, Herr Ramcke)

Zu Punkt 13 der Tagesordnung:
„Bebauungsplan Nr. 115 „Südlich Schulstraße - westlich Wismarer Straße“
- Entwurfs- und Auslegungsbeschluss -

Den Ausschussmitgliedern ist eine Beratungsvorlage zugegangen.

Durch die unter Tagesordnungspunkt 12 3. „**Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Henstedt-Ulzburg**“ gemachten Ausführungen des Bürgermeisters und von Frau Jacob ist hier kein weiterer Beratungsbedarf gegeben.

Herr Schulz stellt den Tagesordnungspunkt 13 zur Abstimmung.

Beschluss: **Der Umwelt- und Planungsausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, den Entwurfs- und Auslegungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 115 „Südlich Schulstraße - westlich Wismarer Straße“, wie in der Vorlage aufgeführt, zu fassen.**

Beschlussfassung: **7 Stimmen dafür**
4 Stimmen dagegen (Frau Honerlah, Frau Lessing, Herr Ostwald, Herr Ramcke)



Zu Punkt 14 der Tagesordnung:

**„1. Änderung des Grünordnungsplanes zum Bebauungsplan Nr. 115 „Südlich Schulstraße - westlich Wismarer Straße“
- Entwurfs- und Auslegungsbeschluss -**

Den Ausschussmitgliedern ist eine Beratungsvorlage zugegangen.

Durch die unter Tagesordnungspunkt 12 „3. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Henstedt-Ulzburg“ gemachten Ausführungen des Bürgermeisters und von Frau Jacob ist hier kein weiterer Beratungsbedarf gegeben.

Herr Schulz stellt den Tagesordnungspunkt 13 zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Umwelt- und Planungsausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, den Entwurfs- und Auslegungsbeschluss für die 1. Änderung des Grünordnungsplanes zum Bebauungsplan Nr. 115 „Südlich Schulstraße - westlich Wismarer Strasse“ - für das Gebiet südlich der Schulstraße - westlich der Wedentwiete in Verlängerung der Wismarer Straße - östlich der Gemeindegebietsgrenze - zu fassen.

Beschlussfassung:

**7 Stimmen dafür
4 Stimmen dagegen (Frau Honerlah, Frau Lessing, Herr Ostwald, Herr Ramcke)**

Zu Punkt 15 der Tagesordnung:

**„Bebauungsplan Nr. 116 „Südlich Rhinkatenweg“
- Erneuter Entwurfs- und Auslegungsbeschluss -**

Den Ausschussmitgliedern ist eine Beratungsvorlage zugegangen.

Der Bürgermeister erläutert das Planvorhaben und den Verfahrensablauf zum Plangebiet.

Der Protokollführer erklärt noch einmal das Zustandekommen der Maßnahmenfläche im südlichen Bereich zur Erhaltung von Bäumen und beantwortet diesbezügliche Fragen.

Herr Schulz ordnet eine fünfminütige Sitzungsunterbrechung an. Um 19.05 Uhr wird die Sitzung fortgesetzt.

Frau Jacob vom Büro Hess + Jacob hat die Sitzung verlassen.

Ohne weitere Wortmeldungen wird über den Tagesordnungspunkt abgestimmt.



Beschluss: **Der Umwelt- und Planungsausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, den erneuten Entwurfs- und Auslegungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 116 „Südlich Rhinkatenweg“, wie in der Vorlage aufgeführt, zu fassen.**

Beschlussfassung: **einstimmig**

Zu Punkt 16 der Tagesordnung:
„Sponsorenaktion zur Bepflanzung des Rodelberges“
- Antrag der CDU-Fraktion -

Herr Schulz trägt den Antrag der CDU-Fraktion vor.

Nachdem Detailfragen der Ausschussmitglieder in Bezug auf den Pflanzentransport und mögliche Serviceleistungen des Baubetriebshofes erläutert worden sind, stellt Herr Schulz den Antrag der CDU-Fraktion **Sponsorenaktion zur Bepflanzung des Rodelberges**“ zur Abstimmung.

Beschluss: **Die Verwaltung wird gebeten, an einem geeigneten Wochenende im Herbst (z.B. zu Beginn der Strauchgutaktion) eine große Sponsorenaktion zur Bepflanzung des Rodelberges durchzuführen.**

Die Bürgerinnen und Bürger sollen aufgerufen werden, geeignete Bäume und Büsche zu spenden.

Beschlussfassung: **einstimmig**

Zu Punkt 17 der Tagesordnung:
„Bau- und Vorbescheidsanträge, die von den Festsetzungen der Bebauungspläne abweichen (Befreiungen, Ausnahmen, usw.)“
- werden in der Sitzung vorgetragen -

a) Bebauung Rhinkatenweg 12

Der Antragsteller beabsichtigt, im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 116 „Südlich Rhinkatenweg“ ein zusätzliches Gebäude zu errichten.

Durch die vorgestellten Varianten werden die festgesetzten Baugrenzen um mindestens 50 m² überschritten. Die Vorstellungen des Bauherrn widersprechen der geplanten Ausführung des Bebauungsplanes.

Einer entsprechenden erforderlichen Befreiung könnte unter der Voraussetzung des § 31 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) zugestimmt werden.

Der Antrag wird einstimmig abgelehnt.



b) Antrag auf Errichtung eines Einfamilienhauses im hinteren Bereich des Grundstückes Rhinkatenweg 43 a

Dem Antrag, eine Hinterliegerbebauung im Bereich des Rhinkatenweges 43a zuzulassen, wird einstimmig zugestimmt.

c) Antrag auf einen Anbau an das vorhandene Wohnhaus, der als Esszimmer genutzt werden soll, im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 65 „Am Wischhof – Westteil“

Nach Erläuterung des Antrages wird dieser einstimmig abgelehnt.

d) Antrag von der Befreiung der gestalterischen Festsetzungen der Dachform im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 67 „Olivastraße“, 3. Änderung

Der Bauherr plant die Errichtung eines Krüppelwalmdaches. Der Bebauungsplan setzt Satteldächer als Dachform fest; die Festsetzung wird hier nicht eingehalten. Der Planungsausschuss ist grundsätzlich dafür, die planungsrechtlichen Zulässigkeitsvoraussetzungen für die Errichtung eines Krüppelwalmdaches zu bewirken.

Es ist eine Bebauungsplanänderung notwendig.

Hierüber besteht Einvernehmen.

Der Eigentümer wurde von dem Ergebnis der Sitzung am 28.08.2003 informiert. Er verzichtet auf die Errichtung eines Krüppelwalmdaches und ändert seine Bauantragsunterlagen auf Satteldachausführung, da ihm das in Aussicht gestellte Verfahren zu lange dauert.

e) Errichtung einer Fertigteilgarage im Bereich der Jahnstraße

Der Eigentümer im Bereich der Jahnstraße 24 plant die Errichtung einer Fertigteilgarage als Anbau an eine vorhandene Garagenanlage.

Nach kurzer Erläuterung des Antrages wird der Anfrage zugestimmt.

f) Antrag auf Errichtung einer Stahlkonstruktionshalle (bis 200 m² Nutzfläche)

Nach Erläuterung des Antrages wird dieser im Hinblick auf die vorhandene planungsrechtliche Darstellung im Flächennutzungs- und Landschaftsplan durch den Planungsausschuss abgelehnt.

**Zu Punkt 18 der Tagesordnung:
„Unterrichtungen / Anfragen“**

Unterrichtungen:

a) Kündigung des Schleswag-Rahmenvertrages

Der Bürgermeister berichtet über die Kündigung des Schleswag-Rahmenvertrages



der Stromversorgung und erklärt die unmittelbaren Konsequenzen für die Gemeinden. Die Schleswig AG, jetzt E.ON-Hanse, hat in Bezug auf die Rahmenverträge mit den Gemeinden in Schleswig-Holstein große Verluste gemacht. Aus diesem Grunde wurden die Rahmenverträge gekündigt, so dass nunmehr wieder die Einzelverträge im Bereich Schleswig-Holstein in Kraft getreten sind. Zurzeit steht eine Prüfung der neuen Preisblätter und der Einzelverträge an. Es wird überlegt, ob eine Kündigung und ein anderer Betreiber für die Energieversorgung im Bereich der öffentlichen Liegenschaften gesucht wird.

Da dies im gemeindlichen Zusammenschluss in Schleswig-Holstein geprüft wird, steht das endgültige Ergebnis noch aus.

b) 4. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Quickborn.

Der Bürgermeister berichtet über die 4. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Quickborn.

c) Bürgeranfrage aus der Straße Galgenweg - Sperrung der fußläufigen Anbindung

Der Bürgermeister berichtet, dass die Sperre an der AKN vorschriftsmäßig errichtet worden ist. In diesem Fall ist es so, dass der technische Standard nicht mit der Entwicklung von Fahrradanhängern gerechnet hat. Es wird aber seitens der AKN-Eisenbahn geprüft, ob eine Schrankenanlage eingerichtet werden kann. Eine Eisenbahnkreuzungsvereinbarung ist in Vorbereitung.

d) Werbeschilder Firma big Deal

Der Bürgermeister berichtet, dass ein Baugenehmigungsverfahren für die Werbeschilder der Firma big Deal läuft.

e) Baulanderschließung im Bereich Henstedt

Der Planungsausschuss ist einstimmig der Auffassung, dass eine zusätzliche Ausweisung von Bauland in diesem Bereich nicht in Frage kommt.

f) Antrag auf ein Bebauungsplanänderungsverfahren in Götzberg

Der Bürgermeister erläutert den Antrag der Bebauungsplanänderung für die landwirtschaftliche Nutzfläche. Es handelt sich hierbei um einen Antrag, der daraus resultiert, dass der vorhandene landwirtschaftliche Betrieb umgesiedelt werden und damit das vorhandene Gelände zum Zwecke der Wohnbebauung geändert werden soll.

Herr Ostwald stellt den Antrag, dieses in der nächsten Sitzung des Umwelt- und Planungsausschusses zu beraten.

Frau Honerlah schließt sich diesem Antrag an.



g) Antrag auf Änderung des Bebauungsplanes Nr. 59 „Gewerbegebiet Gutenbergstraße“

Der Bürgermeister berichtet, dass der Architekt, der den Umbau des divi-Marktes vorbereitet hat, einen Antrag auf Änderung des Bebauungsplanes gestellt hat. Nähere Informationen werden in der nächsten Sitzung des Umwelt- und Planungsausschusses beraten.

h) Antrag der Eigentümer Grünberger Straße auf Zukauf von Flächen aus dem Bebauungsplan Nr. 32 „Sport und Freizeitzentrum Beckersberg (Bürgerpark)“

Der Bürgermeister berichtet, dass der Verwaltung eine Bitte seitens der Eigentümer vorliegt, einen Streifen im rückwärtigen Bereich der vorhandenen Grundstücke an der Grünberger Straße zuzukaufen. Voraussetzung hierbei ist, dass der Bebauungsplan geändert wird und eine Umwidmung der öffentlichen Grünfläche in eine private Grünfläche erfolgt. Unter der Voraussetzung, dass keine zusätzlichen Baurechte entstehen, stimmt der Ausschuss dem Verkauf der Fläche zu.

i) Bebauungsplan Nr. 113 „Gräflingsberg / Heidelweg“ - Abschluss eines Erschließungsvertrages

Der Verwaltung liegt ein Antrag der Firma Schockemöhle vor, den Bebauungsplan Nr. 113 „Gräflingsberg / Heidelweg“ zu erschließen.

Der Bürgermeister erklärt die Vor- und Nachteile, die ein Erschließungsvertrag mit einer Firma beinhaltet. Er macht deutlich, dass die vorgelegten Referenzen der Firma mit einem zufriedenstellenden Ergebnis geprüft worden sind. Der Ausschuss beschließt, mit der Firma einen Erschließungsvertrag abzuschließen.

j) Bahnübergang für den Waldkindergarten - G1K-Weg

Derzeit laufen Gespräche, den Bahnübergang im Bereich des Waldkindergartens sicherer zu gestalten.

k) Dodenhof-Erweiterung

Herr Duda berichtet über den letzten Stand der Dodenhof-Erweiterung und erklärt kurz das weitere Vorgehen im Bereich dieses Projektes.

Anfragen:

l) Überquerung der Bushaltestelle An der Alsterquelle

Frau von Bressensdorf fragt an, ob die Überquerung der Bushaltestelle An der Alsterquelle verkehrlich besser abgesichert werden kann.

Es sollte seitens der Verwaltung geprüft werden, ob eine Bedarfsampelanlage oder ein Fußgängerüberweg errichtet werden kann.



Der Bürgermeister erläutert die Problematik an Wohnsammelstraßen, diese Übergänge zu installieren. Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass an jeder Bushaltestelle eine gesicherte Überwegung erfolgen kann.

Frau von Bressensdorf erklärt, dass die Anlieger zum Sponsern der Ampelanlage bereit wären.

Herr Schulz erklärt, dass auf der Entfernung nur wenig Überwegungen sind und man sich dadurch eine zusätzliche Überwegung vorstellen kann.

Nach kurzer und reger Diskussion wird seitens der Verwaltung eine Abstimmung mit der Verkehrsbehörde bezüglich dieses Punktes zugesichert.

m) Neugestaltung der Gartenstraße

Frau Honerlah fragt anstelle eines Bürgers nach, ob bei der Sanierung der Kanalisation eine Neugestaltung der Gartenstraße erfolgen kann.

Hier wäre eine frühzeitige Bürgerbeteiligung wünschenswert. Auch hier würde ein Sponsoring seitens der Bürger für möglich gehalten.

Der Bürgermeister erläutert, dass Ausbaubeiträge für derartige Maßnahmen erhoben werden können.

n) Abbiegespur in Ulzburg-Süd / Einrichtung von grünen Pfeilen

Frau Honerlah erkundigt sich nach der Abbiegespur in Ulzburg-Süd bei der Firma Hauck. Sie erinnert außerdem an die Anfrage bezüglich der grünen Pfeile an Ampelkreuzungen.

Der Bürgermeister teilt mit, dass die Abbiegespur bei Hauck verändert worden ist. Eine offizielle zum Überqueren der Hamburger Straße kann aus rechtlichen Gründen nicht erfolgen.

Bezüglich der grünen Pfeile wird in einer der nächsten Sitzungen abschließend vorgetragen.

o) Umbenennung des Heideweges

Frau Honerlah fragt an, warum bei dem Antrag der Umbenennung des Heideweges nicht die Alteigentümer des Gewerbegebietes befragt worden sind.

Der Bürgermeister erklärt das Verfahren der Straßenumbenennung im Bereich des Heideweges und macht klar, dass durch das Gewicht der Betroffenheit der Kreis eingeschränkt worden ist.

So ist eine Straßenumbenennung im Bereich von Gewerbebetrieben ungleich schwerer als bei Privatleuten.

Nach allen Erfahrungen, die die Verwaltung mit der Straßenumbenennung im



Bereich von Gewerbebetrieben gemacht hat, ist eine nochmalige Prüfung dieses Verfahrens nicht angebracht.

Zu Punkt 19 der Tagesordnung:
„Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner“

Herr Borchert, Anwohner in der Straße Am Heidberg, erkundigt sich danach, wann die Asphaltanierung in der Straße Am Heidberg durchgeführt wird, da sich bereits deutliche Rissbildungen erkennen lassen.

Weiter fragt er, ob die Möglichkeit besteht, die dort zeitweise parkenden 40-Tonnen-Sattelschlepper von der Straße zu verbannen.

Der Bürgermeister erklärt, dass gemäß der Haushaltslage die Straße Am Heidberg saniert wird. Er erläutert, solange die Sattelschlepper nicht verkehrswidrig parken, gibt es dort keine Möglichkeit, einzuschreiten.

Herr Sass-Olker stellt die Frage, warum die Buslinien 293/196 nicht aufeinander warten. Mehrfach ist es ihm aufgefallen, dass die Busse, ohne aufeinander zu warten, einfach weiterfahren, obwohl es sich doch bei dem Gewerbebus um einen Bus handelt, der ohne Probleme zwei Minuten warten könnte.

Herr Dornquast sichert eine nochmalige Überprüfung des Sachverhaltes zu und gibt an, dass bereits eine Verbindung zum HVV besteht und genau dieser Punkt bereits geklärt worden ist.

Herr Köhlmann-Thater fragt, ob Veränderungen durch Umwandlung der Schleswag AG zu E.ON-Hanse entstehen.

Der Bürgermeister erklärt, dass die E.ON unmittelbarer Rechtsnachfolger der Schleswag AG geworden ist und daher keine Veränderungen zu erwarten sind.

Herr Stroob aus Henstedt-Rhen fragt, ob die Einfahrten zum Friedhof Henstedt nicht zu schmal sind. Er empfindet die mögliche Einsicht in den Kreuzungsbereichen als zu gering.

Der Bürgermeister sichert eine Überprüfung zu und wird sich dann im nächsten Ausschuss zu dieser Angelegenheit äußern.

Ein weiterer Bürger fragt, ob es nicht möglich ist, im Bereich der Norderstedter Straße 88/90 ein „Achtung Glatteis“-Schild aufzustellen. An der Stelle Norderstedter Straße 88/90 befindet sich eine Senke, in der häufig Frühnebel anzutreffen ist. Mit Temperaturunterschieden zur Umgebung von 1° bis 2° ist zu rechnen. Dieses führt dazu, dass sich an dieser Stelle häufig Glatteis bildet, obwohl der restliche Verkehrsweg noch eisfrei ist.



Der Bürgermeister sichert zu, diese Problematik durch die Verwaltung zu prüfen.

Nachdem keine weiteren Fragen seitens der Einwohnerinnen und Einwohner gestellt werden, schließt der Ausschussvorsitzende die Sitzung um 20.16 Uhr.

gez. Rolf Schulz
(Ausschussvorsitzender)

gez. Volker Duda
(Protokollführer)

Gesehen:

gez. Volker Dornquast
(Bürgermeister)